1. **Die “Missbrauchskampagne” von Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement wirkt: Es verschiebt sich etwas im gesellschaftlichen Verständnis von Solidarität – und das könnte am Ende die eigentliche, entscheidende Folge der Hartz-IV-Reform sein.**
   Quelle: die tageszeitung
2. **WSI-Tarifarchiv: Die Flächentarifverträge in Deutschland sind hochgradig flexibel und erlauben eine weitgehende Anpassung an betriebliche Erfordernisse.**
   Quelle: Hans Böckler Stiftung
3. **Zerwürfnis zwischen EU und Europäischer Zentralbank.Finanzministerrat kritisiert Zinspolitik.**
   Quelle: NZZ
4. **Heiner Flassbeck/Friedericke Spiecker: Im Würgegriff der Globalisierung? Wie ein Denkmodell Globalisierungsangst schürt und Mittel empfiehlt, die die Krise verschärfen.**

   Quelle: Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker [PDF – 124 KB]
5. **Wirtschaftsweiser Bofinger stellt sich quer. (Beachtlich für das Handelsblatt!)**
   Quelle: Handelsblatt
6. **Die große Koalition will den Kündigungsschutz lockern. Heide Pfarr: 48 Prozent aller Entlassungen wären von der Neuregelung aktuell betroffen. Rund 30 Prozent aller Beschäftigten werden nie mehr in den Genuss des Kündigungsschutzes kommen. Sie werden immer in sozialer Unsicherheit leben.**

   Quelle: die tageszeitung
7. **Nochmals: Probezeiten für Neubeschäftigte**
   Thomas Fricke, FTD
   Jedes Unternehmen in Deutschland hat schon jetzt die Möglichkeit, Mitarbeiter erst einmal nur befristet einzustellen; oder Beschäftigte von Zeitarbeitsfirmen auszuleihen und zu testen; oder flexibel Minijobber einzustellen. Und einiges deutet darauf hin, dass hier gar nicht mehr das eigentliche Problem liegt.
   Quelle: FTD
8. **Arbeitgeberpräsident Hundt kennt nur eines: „Bei den sozialen Sicherungssystemen sind Ausgaben reduzierende Strukturreformen völlig unvermeidlich.“**

   Quelle: Der Tagesspiegel
9. **Wenigstens die FR geht darauf ein:**

Vier Weise, ein Weiser Bofinger konstatiert „Reformparadox“: Die Politik habe mit Eingriffen in die Sozialversicherungen die Eigenverantwortung deutlich gestärkt, sie habe die Staatsquote herunterfahren (von 48,1 Prozent im Jahr 1999 auf 46,4 Prozent) ebenso wie die Abgabenquote (von 42,1 Prozent auf 38,7 Prozent). Doch weder die Wachstumsschwäche noch die Arbeitsmarktkrise sei verschwunden.
Für Bofinger lässt dies nur eine Erklärung zu: Die Angebotsseite kann nicht allein für die Probleme verantwortlich sein.
Quelle: Frankfurter Rundschau

10. **Was ist aus den Forderungen geworden, die in den Wahlprogrammen von Union und SPD standen? Tagesspiegel zieht eine Bilanz.**

    Quelle: Der Tagesspiegel